



Gleich das erste Projekt der Hamburger Bürgerstiftung war ein voller Erfolg: Hot Schrott ertrömmelt mittlerweile sogar Geld

Selbstzweck

Bürgerstiftungen sind Stiftungen von Bürgern für Bürger.

Sie sammeln Kapital, um aus den Erträgen gemeinnützige Projekte in ihrer Stadt oder Region zu fördern. Und sie sind ein Signal der Bürger an die Politik: Wir lassen uns nicht alles aus der Hand nehmen!

Text: Thomas Ramge

Foto: Jan Friese

- Jugendliche aus der Unterschicht hauen gern drauf. Das weiß auch der Hamburger Profi-Percussionist Christian von Richthofen. Deshalb startete er 1999 im Problemviertel Osdorfer Born ein Musik-Projekt, das seitdem Aggressionen in rhythmische Kreativität verwandelt. „Trommeln für den sozialen Frieden“ könnten Zyniker das Projekt vielleicht nennen. Nicht-Zyniker dagegen staunen, was passieren kann, wenn eine gute Idee und die richtigen Jugendlichen aufeinandertreffen und zudem für eine solide Finanzierung gesorgt ist.

Vor sieben Jahren nahm von Richthofen ein gutes Dutzend der sogenannten Problemjugendlichen mit auf den Schrottplatz. Gemeinsam suchte die Truppe nach Dingen, auf denen sich lautstark rumhämmern lässt: ausgediente Radkappen, Kanister, eine Plastiktonne, Feuerlöscher, eine Aluleiter. Einige Tage später trommelte die Formation Hot Schrott zum ersten Mal im Proberaum eines Jugendzentrums mit abgesägten Besenstielen anarchisch auf dem Zeug, das die Welt nicht mehr brauchte. Arrangiert vom Percussion-Profi verwandelte sich Krach bald in groovige Beats. Auf Schul- und Stadtteilsten wagte Hot Schrott erste Auftritte.

Die liefen so gut, dass sich die Underdogs aus dem Osdorfer Born schnell in ganz Hamburg einen Namen machten. Ein Pastor lud sie ein, in seiner Kirche das Vaterunser zu vertonen. Bei einem Biker-Treffen tobte die bärtige Menge vor Begeisterung. Auf der Spaßparade des Hamburger Stadtteilstes Altonale ertrummelte sich die Müll-Combo zweimal unter Dutzenden Gruppen den ersten Platz. Seitdem ist Hot Schrott auf Festivals in ganz Deutschland vertreten. Auch Einladungen nach Österreich und in die Niederlande ist die Band schon gefolgt.

Von den Honoraren für ihre Auftritte spendet Hot Schrott immer einen Teil an die Hamburger Bürgerstiftung. Die Gemeinschaftsstiftung hatte die Band von Anfang an finanziell unterstützt, genauer: den Musikpädagogen und einen Sozialarbeiter bezahlt. „Besser kann es eigentlich nicht laufen“, freut sich Günter Muncke, Vorstandsmitglied der Bürgerstiftung Hamburg heute. „Wir fördern ein Projekt, das Jugendlichen Selbstbewusstsein und Eingeständigkeit vermitteln soll. Und die Jugendlichen machen so viel daraus, dass sie finanziell etwas zurückgeben können.“

Hot Schrott war das erste Projekt, das die Hamburger Bürgerstiftung überhaupt unterstützte. Auch sie wurde 1999 gegründet. Die Partnerschaft zwischen den distinguierten Bürgersleuten und den wilden Vorstadttrommlern wurde zum viel zitierten Best-Practice-Case, weil sie bewies, dass das damals in Deutschland noch weitgehend unbekanntes Modell Bürgerstiftung erfolgreich in der lokalen Gesellschaft wirken kann.

Bürgerstiftungen sind Stiftungen von Bürgern für Bürger, die bezogen auf eine Stadt oder eine Region arbeiten. Das heißt: Sie sammeln in ihrer Stadt Kapital und fördern auch nur in ihrer Kommune. Die Idee dahinter ist recht simpel. Mehrere Bürger legen zusammen, weil ihr Geld für eine eigene Stiftung nicht ausreicht. Nach der Gründung versuchen sie weitere Stifter für ihren Zweck

zu gewinnen. Langfristig soll ein Kapitalstock aufgebaut werden, aus dem die Stiftung eigene Projekte bezahlen oder Projekte anderer Träger finanzieren kann, die dem festgeschriebenen Stiftungszweck dienen. „Es sind eben nicht nur die Gates und Buffets dieser Welt, die stiften wollen. Auch wenn von denen zurzeit alle reden“, kommentiert der Bürgerstiftungsexperte der Bertelsmannstiftung Peter Walkenhorst. Für ihn sind die lokalen Gemeinschaftsstiftungen eine ideale Ergänzung in der Stiftungslandschaft: „Denn sie ermöglichen Menschen mit moderatem Vermögen, in einer effizienten Organisationsform philanthropisch tätig zu werden.“

Es passiert nichts Gutes. Außer du tust es

Die regionale Eingrenzung bietet vielen Neustiftern einen leichten Einstieg. „Philanthropy starts on Main Street“ ist eines der geflügelten Worte der US-amerikanischen Stiftungsbewegung. Frei übersetzt: Gutes tun beginnt vor der Haustür. Wer sich in seiner Stadt oder Kommune verwurzelt fühlt, dort glücklich war, vielleicht in seinem Leben viel Erfolg hatte, ist auch bereit, der eigenen Gemeinde etwas zurückzugeben.

Kinder und Jugendliche zu fördern, die wenig Glück hatten in ihrem Leben, ist zurzeit das Hauptziel der Hamburger Bürgerstiftung. „Weil wir hier in unserer Stadt besonders großen Nachholbedarf sehen“, sagt Günter Muncke. Er und seine Vorstandskollegen können auf eine lange Referenzliste professionell gemanagter Initiativen verweisen. Zum Beispiel haben Ballettintendant John Neumeier und einige seiner Tänzer – ähnlich wie bei Simon Rattles Projekt „Rhythm is it“ – mit Gesamtschülern eine Ballettcollage aus Romeo und Julia einstudiert und unter großem Beifall des Hamburger Kulturbürgertums in der Hamburgischen Staatsoper aufgeführt. Auch eine Streetsoccer-WM mit 900 Straßen-Kickern wurde diesen Sommer von der Bürgerstiftung gefördert. Der pädagogische Clou: Es gab keine Schiedsrichter – die Jugendlichen mussten ihre Konflikte auf dem Spielfeld selbst lösen.

Beim Projekt Lesezeit übernehmen engagierte Bürger Patenschaften, um bei Kindern die Lust am Lesen zu wecken. Der Family-Literacy-Treff hilft Migrantenkindern und ihren Eltern, ihr Deutsch zu verbessern. Mehr als 250 000 Euro konnten die Hamburger Bürgerstifter im vergangenen Jahr für diese und andere Initiativen ausgeben. Mit gut vier Millionen Euro Stiftungskapital gehört die Bürgerstiftung Hamburg zu den reichsten und bekanntesten in Deutschland. Aber sie ist nur eine von mehr als hundert.

Im ganzen Land haben sich in den vergangenen zehn Jahren Lokalpatrioten zusammengetan, um das Mindestgründungskapital von 50 000 Euro für eine Bürgerstiftung zusammenzutragen. Meist sind es örtliche Honoratioren, die zu den Initiatoren von Bürgerstiftungen gehören: der Sparkassendirektor, der Schuldirektor, der Zeitungsverleger oder der Besitzer der größten Apotheke. Notare, Professoren, mittelständische Unternehmer. Sie ver- ▶

bindet die Einschätzung: Der ver-, für- und umsorgende Kinder-mädchenstaat hat ausgedient, weil die staatlichen Stellen an allen Ecken und Enden versagen und die Kosten für die bürokratisierte Rundumversorgung nicht mehr zu bezahlen sind.

Die Sicherung der sozialen Grundrechte ist und bleibt Aufgabe des Staates. Das ist auch unter Bürgerstiftern Konsens. Die Sozialhilfe wird nie von Bürgerstiftungen bezahlt werden. Doch auf viele soziale Herausforderungen findet die Zivilgesellschaft vor Ort bessere Antworten als die Fachjuristen der zuständigen Ministerien in Berlin. Deren Gesetze und Verordnungen behindern aus Sicht vieler Bürgerstifter soziale Innovation eher, als dass sie soziale Gerechtigkeit fördern. Bürgerstiftungen sind der Versuch, der Zivilgesellschaft eigene finanzielle Spielräume zu schaffen. Und zwar dort, wo die Probleme konkret sichtbar werden: in den Städten und Regionen.

Die Idee kam aus den USA. Zuerst nach Hannover

„Die neuen Bürgereliten wissen, dass mehr nötig ist, als wählen zu gehen und Steuern zu zahlen“, sagt Christian Pfeiffer. Der Hannoversche Kriminologe und ehemalige Justizminister von Niedersachsen ist so etwas wie der geistige Vater der deutschen Bürgerstiftungen. Er hat die Idee aus den USA nach Deutschland importiert. In den Vereinigten Staaten sind Community Foundations eine Macht im öffentlichen Leben. Pfeiffer kam 1995 zum ersten Mal mit ihnen in Kontakt. Auf einer Forschungsreise nach New York schaute sich der deutsche Wissenschaftler eine Reihe sozialer Projekte an. Gegen Drogen und Straßenkriminalität, häusliche Gewalt, Gewaltprävention an Schulen und so weiter. Wo immer er hinkam: Auf der Liste der Finanziere dieser Projekte stand der New York Community Trust ganz oben. Den Namen der Förderinstitution hatte Pfeiffer noch nie zuvor gehört. Ein amerikanischer Kollege klärte ihn auf: „Der Trust ist eine Stiftung der Bürger von New York, die sich um die Zukunft unserer Stadt sorgen.“ Bürger, Stadt, Stiftung?

Pfeiffer wurde hellhörig. Er ließ sich bei der Bürgerstiftung einen Termin geben, stand vor einem Büro-Hochhaus und fragte sich, in welcher Etage der Community Trust wohl sitze. Der Pförtner sagte ihm: „Das Gebäude ist die Stiftung.“ In diesem Moment war Pfeiffer klar, welche finanzielle Kraft aus bürgerschaftlicher Initiative entstehen kann, wenn man sie richtig organisiert. Zu Hause besorgte er sich Literatur über die Community Foundations und kam bald zu dem Ergebnis: So etwas müsste in Hannover auch möglich sein.

Der Professor der Kriminalwissenschaften überredete drei Freunde zu einem ersten Brainstorming in seinem Wohnzimmer. Beim nächsten Treffen sollte jeder einen potenziellen Bürgerstifter mitbringen. Beim dritten Mal traf man sich zu sechzehnt in Pfeiffers Institut und entschied, an die Presse zu gehen. 100 000 D-Mark Stiftungskapital von 31 Stiftern waren daraufhin schnell

beisammen. Und die Bezirksregierung von Hannover stand vor der Aufgabe, das rechtliche Genehmigungsverfahren für eine in Deutschland bis dato völlig unbekanntes Stiftungsform durchzuführen. Die niedersächsischen Finanzbeamten taten sich etwas schwer. In Gütersloh war man fixer. Pfeiffer hatte Reinhard Mohn auf einer Tagung von seiner Idee erzählt. Der heimatverbundene Unternehmer entschloss sich daraufhin kurzerhand, zwei Millionen Mark Anschubfinanzierung für die Stadtstiftung Gütersloh zur Verfügung zu stellen. Am 29. November 1996 wurde in Gütersloh die erste deutsche Bürgerstiftung gegründet. Hannover zog wenig später als erste Bürgerstiftung ohne großen Mäzen im Hintergrund nach. Das war der Auftakt eines Gründungs-Booms.

Seit 2002 kamen pro Jahr jeweils zwischen 20 und 30 neue Stiftungen hinzu. Die meisten Bürgerstiftungen fassen den Stiftungszweck in ihren Statuten recht weit – von der Jugendarbeit, über Denkmalpflege, Umweltschutz, öffentlicher Bildung, Arbeit mit Behinderten, Armenfürsorge bis zur Altenpflege. Ein weit gefasster Stiftungszweck bietet sich an, da sonst die Gefahr besteht, dass nur ein kleiner Teil der Bürgerschaft einer Stadt oder Region für die Stiftung zu gewinnen ist. Fast immer wollen die deutschen Bürgerstiftungen bürgerschaftliches Engagement – früher Ehrenamt genannt – fördern. Fast alle betonen ihre Distanz zur lokalen Politik. Versucht sich ein Bürgermeister in den Vorstand einer Bürgerstiftung wählen zu lassen, sehen das die Bürgerstifter sehr ungern. Und das ist auch nur konsequent.

„In der finanziellen Unabhängigkeit liegt der eigentliche Charme des Modells Bürgerstiftung“, sagt Stefan Nährlich, Geschäftsführer von Aktive Bürgerschaft e.V. Der von den Volks- und Raiffeisenbanken finanzierte Verein mit Sitz in Berlin berät Bürgerstiftungen bei Aufbau und Entwicklung. Nährlich sieht in den Stiftungen einen notwendigen Bruch zu den Regeln, denen bürgerschaftliches Engagement in der Bundesrepublik traditionell folgt. Denn das geht meist so: Eine Gruppe von Bürgern identifiziert ein gesellschaftliches Defizit, rennt zur Lokalzeitung und macht öffentlich Druck auf die Lokalpolitik. Die soll das Problem dann entweder lösen oder zumindest der Bürgerinitiative Geld geben, mit dem diese tätig werden kann.

Eine international vergleichende Studie der Johns Hopkins University zeigt: In Deutschland übernimmt der Staat 64 Prozent der Finanzierung des gemeinnützigen Engagements. In anderen westeuropäischen Ländern sind es durchschnittlich 55 Prozent, international lediglich 40 Prozent.

Bürgerstiftungen sind auch eine Form der Rückeroberung öffentlichen Raums in Krisenzeiten. Sie sind ein Signal der Bürger an die Politik: Wir lassen uns nicht alles aus der Hand nehmen! Und wenn wir das Geld (zusätzlich zu den gezahlten Steuern) einbringen, wollen wir auch frei entscheiden, wofür unser Geld eingesetzt werden soll.

Je nach Definition – der Begriff Bürgerstiftung ist juristisch nicht geschützt – gibt es heute zwischen 100 und 130 Bürgerstiftungen



Christian Pfeiffer brachte die Idee der Bürgerstiftung nach Deutschland

in Deutschland. Sie verfügen laut der Initiative Bürgerstiftungen über ein Stiftungsvermögen von insgesamt mehr als 50 Millionen Euro. 6600 Einzelstifter haben es zusammengetragen.

Im Vergleich zu den USA scheinen diese Zahlen auf den ersten Blick nicht allzu hoch. Der New York Community Trust verwaltet allein zwei Milliarden Dollar und die rund 700 US-Bürgerstiftungen bringen es zusammen auf mehr als 40 Milliarden Dollar Vermögen. Der entscheidende Unterschied ist: In den USA wurde die erste Bürgerstiftung 1914 gegründet. Die Community Foundations hatten also mehr als 90 Jahre Zeit, Kapital zu sammeln. Heute ernten sie mit hohen Erträgen die Früchte eines Modells, das auf Zukunft und Nachhaltigkeit setzt.

Bemerkenswert in Deutschland ist jedoch die Dynamik der Entwicklung. „In keinem anderen Land der Welt wachsen Zahl und Vermögen der Bürgerstiftungen so rasant wie bei uns“, freut sich Katrin Sachs von der Beratungsstelle Initiative Bürgerstiftungen. „Und dabei haben viele Bürger von unserem Modell noch nie etwas gehört. Wir haben also ein Riesenpotenzial!“

Ideenimporteur Christian Pfeiffer hat ein ambitioniertes Ziel ausgerufen. In zehn Jahren, so hofft der Wissenschaftler, wird es in Deutschland 500 Bürgerstiftungen mit durchschnittlich zwei Millionen Euro Kapital geben. Damit wäre die Schallmauer von einer Milliarde Euro Gesamtkapital erreicht. Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Und auf diesem Weg muss das Modell Bürgerstiftung erst noch beweisen, ob es in der deutschen Gesellschaft tatsächlich reüssieren kann.

Die Rechtsform Stiftung ist nämlich nur dann zweckmäßig, wenn genug Stiftungskapital zusammengekommen ist, um aus-

reichende Kapitalerträge zu erzielen. Peter Walkenhorst hält einen Kapitalstock im zweistelligen Millionenbereich pro Stiftung für nötig, um „finanziell und organisatorisch nachhaltig agieren zu können“. Das heißt, dass die gemeinnützigen Geldverteiler dann auch ohne permanente Spendenakquise nur mit den Erträgen des Stiftungsvermögens sinnvolle Arbeit leisten können. Die größten deutschen Bürgerstiftungen, darunter die in Frankfurt, Hamburg, Stuttgart, Hannover, Gütersloh, Offenburg, Lörrach und Dresden, sind auf einem guten Weg, diese Hürde zu nehmen.

Bei der Akquise von Kapital sind gute Ideen gefragt, und viele Stiftungen setzen erfolgreich auf öffentlichkeitswirksame Aktionen, bei denen das Kleinvieh den Mist macht. 265 ehrenamtliche Helfer der Bürgerstiftung Braunschweig organisierten im Mai 2005 auf 1000 Biertischen den größten Brunch der Stadtgeschichte. 8000 Gäste brachten inklusive einer Lotterie auf einen Schlag rund 50 000 Euro in die Stiftungskasse – ein Luftbild des Riesenfestes sorgte für eine Riesenaufmerksamkeit. Ostdeutsche Bürgerstiftungen lernen zudem von israelischen Organisationen und entdecken das sogenannte Diaspora-Giving – also das Werben um Spenden unter Menschen, die in der Ferne wirtschaftlich erfolgreich sind, sich ihrer alten Heimat aber weiter verbunden fühlen.

Einigen Bürgerstiftungen gelingt es inzwischen auch, finanzkräftige Bürger für treuhänderische Stiftungen oder Fonds zu gewinnen. Diese Fonds tragen dann meistens den Namen des Stifters. „Bei uns in Hamburg sind rund drei Viertel des Kapitals Treuhandfonds“, so Günter Muncke. Die Hannoversche Bürgerstiftung betreut 17 Unterstiftungen. Vorbild sind auch hier die Community Foundations. Die haben seit langem potenzielle ►



Günter Muncke leitet die sehr erfolgreiche Hamburger Bürgerstiftung

Erblasser auf dem Radar, die ihren Namen mit einer Unterstiftung über den Tod hinaus in Erinnerung halten wollen.

Auch in Deutschland ist die Erbschaftswelle aus den Vermögen der Nachkriegsgeneration bekanntlich längst angerollt. Die deutschen Bürgerstiftungen arbeiten – wie fast alle gemeinnützigen Organisationen – daran, sich ihr Stück vom Kuchen zu sichern. Offenkundig mit Erfolg. Der Anteil von Erbspenden steigt stetig, und eine Studie der Bertelsmannstiftung über die finanzielle Zukunft der deutschen Bürgerstiftungen aus dem Jahr 2004 brachte die frohe Kunde: Drei von vier untersuchten Bürgerstiftungen wussten bereits, dass sie in Testamenten von Bürgern ihrer Stadt genannt sind. Das wirklich Erstaunliche dabei: Bei allen drei Stiftungen war die Summe der Erbschaften mindestens doppelt so hoch wie das bestehende Stiftungskapital.

Erbschaften könnten sich zur wichtigsten Quelle von Bürgerstiftungen entwickeln. Besonders bei den Treuhandstiftungen, ob zu Lebzeiten oder im Todesfall, hoffen die Bürgerstiftungen auf einen Schneeballeffekt. Menschen mit Geld haben in der Regel Freunde mit Geld. „Nichts ist beim Fundraising überzeugender als die Empfehlung eines Freundes“, weiß der Hanseat Muncke. Zufriedene Bürgerstifter sollen den Gedanken weitertragen, und genau das geschieht auch. Nicht nur in Hamburg.

Das sind alles ermutigende Zeichen. Doch die Bilanz zehn Jahre nach Gründung der ersten Bürgerstiftung in Deutschland ist gemischt. Das Modell erweist sich in Regionen als tragfähig, denen es wirtschaftlich relativ gut geht und in denen es entsprechend viele Bürger gibt, die fünf- oder sechsstelligen Beträge zustiften können. In ärmeren Regionen, wo die Mittel einer

örtlichen Stiftung besonders dringend gebraucht würden, tut sich die Idee schwer.

Viele kleine Stiftungen, besonders in Ostdeutschland, krebsen mit wenig mehr als dem Mindestgründungsbetrag von 50 000 Euro herum. Bei einer durchschnittlichen Kapitalrendite von drei Prozent bleiben abzüglich der Verwaltungskosten dann rund 1000 Euro für die Förderung übrig. Das lohnt den Aufwand nicht, sondern bindet nur Ressourcen.

Für Gemeinschaftsstiftungen gilt die Logik des privaten Reichtums: Die erste Million ist immer die schwerste. Ist die erst einmal beisammen und die Bürgerstiftung in der Stadt anerkannt, greift auch Regel Nummer zwei der Vermögensbildung: Geld kommt zu Geld.

Ein Teil der Probleme ist hausgemacht. Bei einigen Bürgerstiftungen herrscht, wie bei vielen Vereinen, schlicht Konfusion. Aber das Wohl und Wehe von ehrenamtlichen Organisationen hängt nun einmal zum großen Teil davon ab, wie organisatorisch begabt die Ehrenamtlichen sind. „Wir brauchen bei vielen Bürgerstiftungen jetzt eine Phase der Professionalisierung“, sagt Peter Walkenhorst und zieht einen Vergleich zu Unternehmensgründungen: „In der Start-up- und in der Wachstumsphase muss man in die eigene Struktur investieren.“ Doch das ist bei Stiftungen immer ein schwieriger Balanceakt. Denn niemand spendet für Organisationen, die einen Großteil der Mittel für die eigenen, fest angestellten Mitarbeiter verbraucht.

Amerikanische und britische Neugründer haben es da leichter. Die kapitalstarke Mott-Foundation bietet jeder neu gegründeten Community Foundation in den USA und Großbritannien an, die Kosten für eine Geschäftsstelle für fünf Jahre und bis zu einer Million Dollar zu übernehmen. Dieses Angebot ist an zwei Voraussetzungen gebunden: Die neuen Gemeinschaftsstiftungen müssen ein überzeugendes Arbeitskonzept und eine starke Unterstützung vor Ort nachweisen.

Vergleichbare Starthilfen gibt es in Deutschland nicht. Gelegentlich muss hier der Zufall helfen, wie bei der Bürgerstiftung Steingaden. Die bayerische Gemeinde mit der berühmten Wieskirche in der Nähe von Schloss Neuschwanstein hatte mit ihrer 850-Jahr-Feier rund 100 000 Euro Überschuss erwirtschaftet und diese in eine Bürgerstiftung investiert. Eine einzige Erbschaft eines Bürgers, der im Ort nicht einmal als vermögend galt, katalysierte das Stiftungsvermögen auf nahezu eine Million Euro. Pro Kopf dürfte die Steingadener Bürgerstiftung jetzt die reichste in Deutschland sein. Steingaden hat nämlich nur 2800 Einwohner. Und die Bürgerstiftung wurde über Nacht zu einem der wichtigsten lokalen Akteure. ■

Mehr Informationen unter:

www.buergerstiftungen.de

www.aktive-buergerschaft.de

www.die-deutschen-buergerstiftungen.de